Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 346. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 28. Juli 1862.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Bern, 26. Juli. Heute ist die Bundesversammlung geschlossen worden. Beide Präsidenten erklärten in ihren Abschiedsreden, die Schweiz werde mit Gut und Blut gegen jede Verletzung der Integrität des Landes Widerstand leisten.

Paris, 27. Juli. Der heutige „Moniteur" theilt mit, daß das „Journal von Orleans" unterdrückt worden sei. Als Grund dieser Maßregel wird die Beharrlichkeit angegeben, mit welcher dieses Blatt trotz des Widerspruchs der Fabrikanten angezeigt hat, daß die Arbeiter im Loiredepartement ohne Beschäftigung wären.

Wien, 26. Juli. Am vergangenen Donnerstag hat in Zürich die Verlobung des Erzherzogs Carl Ludwig mit der Prinzessin Maria Annunciata, Schwester des Königs von Neapel, stattgefunden.

Turin, 26. Juli. Die „Gazetta ufficiale" dementirt förmlich die beunruhigenden Gerüchte bezüglich heimlicher Expeditionen und einer Landung an der toscanischen oder päpstlichen Küste.

Turin, 27. Juli. Der Syndikus von Marsala hat den Bericht über den Besuch Garibaldis in Marsala am 19. d. Mts veröffentlicht. Garibaldi hat bei dieser Gelegenheit in einer Rede gegen den Kaiser Napoleon sich in einer Weise ausgesprochen, die an Heftigkeit alle vorhergegangenen Reden übertrifft. Man versichert, das Ministerium habe durch den Telegraphen die Absetzung des Syndikus angeordnet. Der Präfekt von Palermo hat seine Demission gegeben, und dieselbe ist angenommen worden. Man bezeichnet als Nachfolger den General Bignone.

Warschau, 26. Juli. Die Gutsbesitzer Wenglinski und Alexander Kurz, sowie der jüdische Banquier Mathias Rosen sind zu Mitgliedern des Staatsraths für das Jahr 1862 ernannt worden.

(Neueste Ueberlandspost.) **Calcutta**, 21. Juni. Die Beziehungen mit Birma verschlimmern sich wegen der fortwährenden Räubereien an der Grenze, denen der König nicht steuern kann. Letzterer ist mit dem Thronfolger, dessen Macht im Steigen ist, in einem gespannten Verhältnisse. Es werden energische Schritte von Seite des englischen Commissärs erwartet.

Batavia, 12. Juni. Der Gouverneur hat eine Rundreise angetreten, hauptsächlich um die geeignetsten Eisenbahntracen ausfindig zu machen. An der Küste von Banka treiben Piraten ihr Unwesen.

Hongkong, 10. Juni. Die Taipings, in der Umgegend von Shanghai sehr zahlreich erschienen, bemächtigten sich mehrerer der von den Alliirten ihnen abgenommenen Plätze, so daß die Alliirten auf jene Linien beschränkt sind, welche sie zum Schutze Shanghais und der fremden Niederlassungen besetzt hatten. Bei Nanking sind die Kaiserlichen im Vortheil.

Shanghai, 3. Juni. Die Truppen sind um Shanghai concentrirt und erwarten Verstärkung.

Singapore, 18. Juni. Die Friedens-Präliminarien zwischen Cochinchina und Frankreich sind abgeschlossen. Ersteres tritt sechs Provinzen von Unter-Cochinchina ab, und zahlt 4 Millionen Dollars, wovon Spanien drei bekommt. Zur Bezwingung der Tonkinesen giebt die französische Regierung Officire zur Einübung der Truppen, und verspricht eventuell ein Hilfscorps.

London, 26. Juli. In der gestrigen Unterhaus-Sitzung sagte Layard, er habe keine Kenntniß von einer Convention, daß Italien Truppen nach Mexico schicken würde. Weiter sagte derselbe, die Franzosen haben die Truppen aus Velletri und Viterbo zurückgezogen.

Preußen.

Berlin, 26. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Eisengießerei- und Maschinenfabrik-Besitzer, Commerzienrath Albert Borsig zu Berlin den rothen Adlerorden vierter Klasse zu verleihen. (St.-A.)

Berlin, 26. Juli. [Vom Hofe.] Im Laufe des gestrigen Nachmittags conferirten Se. Maj. der König mit dem Finanzminister v. d. Heydt, dem Minister des Auswärtigen Grafen v. Bernstorff und dem Minister des k. Hauses Frhrn v. Schleinitz, beehrten Abends das Friedrich-Wilhelmsstädtische Theater mit Allerhöchstihrem Besuch und begaben sich darauf um 10½ Uhr nach Schloß Babelsberg zurück.

Am Montag Nachmittag findet, so viel bis jetzt bestimmt, der japanesischen Gesandtschaft zu Ehren im Grottensaale des neuen Palais zu Potsdam große Tafel von etwa 80 Gedecken statt, an welcher Se. Maj. der König, JJ. kk. HH. der Kronprinz, die Prinzen Karl, Friedrich Karl und Albrecht (Sohn) erscheinen und zu der auch viele fürstliche und hochgestellte Personen mit einer Einladung beehrt worden sind. Die japanesischen Fürsten und die Mitglieder der Gesandtschaft begeben sich schon frühzeitig nach Potsdam, um zuvor die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt, die königlichen Schlösser, die Wasserkünste 2c. in Augenschein zu nehmen.

K. C. **Berlin**, 26. Juli. [Zur Militärfrage. — Debatte in den Fractionen.] Der von dem Abg. Stavenhagen in der Budget-Commission eingebrachte Antrag lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung,

1) daß die Landesvertretung weder dem im Jahre 1860 vorgelegten Reorganisationsplan zugestimmt, noch die dafür von der königl. Staatsregierung für 1860 und 1861 geforderten Summen bewilligt, sondern nur zur einstweiligen Aufrechthaltung der größeren Kriegsbereitschaft der Armee im Jahre 1860 einen extraordinären Credit, im Jahre 1861 ein Extraordinarium des Etats zugestanden hat,

2) daß die königl. Staatsregierung dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses vom 31. Mai 1861: „zu erklären: die königl. Staatsregierung, falls sie die zur Reorganisation der Armee ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten beabsichtigt, bleibt verpflichtet, spätestens dem nächsten Landtage ein Gesetz behufs Abänderung des Gesetzes vom 3. Septbr. 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorzulegen", keine entsprechende Folge gegeben, gleichwohl aber die Reorganisation factisch im Wesentlichen durchgeführt, auch wiederholt erklärt hat, dieselbe aufrecht erhalten zu wollen,

erhebt das Haus ausdrücklichen Protest gegen die in solchem Verfahren liegende Verkümmerung der verfassungsmäßigen Rechte der Landesvertretung.

In fernerer Erwägung,

3) daß die durchgeführte Reorganisation, abgesehen von den ausdrücklich nur als vorübergehend bezeichneten Ersparnissen, nach den vorgelegten Etats bereits ein Ordinarium von über 42 Mill. fordert, daß diese Summe wegen anderer kaum länger zu verschiebender Mehrausgaben binnen Kurzem noch um einige Millionen sich steigern und außerdem die Landesvertheidigung in der nächsten Zukunft bedeutende extraordinäre Aufwendungen erfordern wird,

4) daß eine solche Dotirung der Militärverwaltung die Kräfte des Landes übersteigt, den übrigen Verwaltungszweigen zu Gunsten der Armee die nothwendigen Mittel entzieht und den Finanzzustand des Landes mit Zerrüttung bedroht,

5) daß aber die Nothwendigkeit einer stärkeren jährlichen Aushebung als vor dem Jahre 1859 stattfand, anerkannt werden muß und die daraus folgende Vermehrung der Cadres des stehenden Heeres einen verhältnißmäßig größeren Aufwand für die Armee als früher erfordert,

6) daß die Zurückführung der Armee auf den Stand von 1859 vor der Kriegsbereitschaft, wenn dies auch rechtlich zu fordern wäre, die Armee desorganisiren und die Wehrhaftigkeit des Landes, sowie die Machtstellung Preußens entschieden gefährden würde,

erklärt dies Haus: in patriotischer Verzichtleistung auf die volle Geltendmachung seiner verfassungsmäßigen Rechte der königl. Staatsregierung gegenüber, zwar auf Grund der pro 1862 und 1863 vorgelegten Etats, die für die notbwendige Kriegsbereitschaft des Heeres erforderlichen Mittel, jedoch mit allen denjenigen Ermäßigungen, welche ohne wesentliche Beeinträchtigung dieses Zwecks möglich sind, bewilligen zu wollen, erhebt dagegen den bestimmten Anspruch, daß in der nächsten ordentlichen Session die königliche Staatsregierung der Landesvertretung die erforderlichen Gesetzesvorlagen mache und den Etat der Militärverwaltung pro 1864 so regulirt vorlege, daß er das den Kräften des Landes und den Erfordernissen der übrigen Zweige der Staatsverwaltung entsprechende Maß nicht übersteige.

Die gemeinsamen Besprechungen der beiden großen liberalen Fraktionen des Hauses über die Militärfrage sind gestern Abend wieder aufgenommen. Abg. Immermann erklärte, man müsse an der früheren Heeresverfassung festhalten, bis die Regierung etwas positiv Besseres vorlege; den Versuchen, die Militärfrage durch eine Reihe von faits accomplis thatsächlich zu erledigen, müsse man entgegentreten mit der Forderung der Wiedereinsetzung in den früheren Stand; die Regierung habe ja im vor. J. selbst erklärt, es sei ein Vorzug ihres Reorganisationsplanes, daß mit der Ausführung auf jeder Station inne gehalten werden könne; der jetzige Stand der Sache widerstreite dem sittlichen Gefühl des Volkes; schließlich erklärte sich der Redner gegen eine Vorberathung des Budgets einzubringende Resolution: erst beim Budget lasse sich ein praktisches Votum abgeben. — Abg. Twesten erinnerte daran, daß die liberale Partei durch ihre Mäßigung sich die Sympathie im Volke erhalten habe und auch künftig erhalten müsse. Die Rechtsfrage angehend, so sei freilich das Gesetz umgangen, indem man die Landwehr habe zerfallen lassen und eine Anzahl neuer Stellen geschaffen habe; es liege in der ganzen Art, wie bei der Sache verfahren worden, ein gewisser Machiavellismus; aber eine positive Rechtsverletzung sei nicht nachzuweisen; es liege also eine eigentliche Rechtsfrage nicht vor; es frage sich nur, was politisch sei. In technisch-militärischer Beziehung sei die Reorganisation unleugbar ein Fortschritt, sowohl, weil jetzt das Heer nicht erst im Augenblick des Krieges zusammentrete, als auch wegen der größeren Kriegsstärke; freilich sei die Aufrechthaltung der Landwehr fortan nicht möglich, da Preußen neben einem stehenden Heer von 300,000 Mann nicht noch ein zweites Heer erhalten könne. Für jetzt sei gerathen, am Militär-Etat nur das zu streichen, was sich durch eine faktische Verkürzung der Dienstzeit auf eine zweijährige und durch sonstige Ermäßigungen in den Ausgaben ersparen lasse: für die Folge müsse man verlangen, resp. zur Vorbedingung machen, 1) ein Gesetz über zweijährige Dienstzeit, 2) ein Rekrutirungsgesetz, so daß die Stärke des Heeres jährlich festgestellt werde, und 3) ein vollständiges Organisationsgesetz über die Stärke der Cadres, Zahl der Offizierstellen u. s. w. — Abg. Techow: Es handle sich um ein „Entweder — Oder"; die Entscheidung dürfe nicht aufgeschoben werden; schon bei den Wahlen im vorigen Herbst habe das Volk gewollt, daß die Militärfrage endlich zu Ende kommen solle; das Recht des Hauses nicht blos in der Finanzfrage, sondern auch in der Organisationsfrage mitzusprechen, liege schon im Art. 34 der Verfassung: „Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz"; also nicht der König allein könne eine Organisation einführen, welche das bestehende Gesetz verändere; wenn die Verfassung nicht einmal ausreiche, das Steuerbewilligungsrecht, ja nur das Ausgabenbewilligungsrecht zu schützen, dann sei sie überhaupt nicht der Erhaltung werth. — Abg. Reimnitz machte geltend, gerade bei einem energischen Vorgehen werde das Haus das Volk hinter sich haben. — Abg. Waldeck vertheidigte nochmals den Rechtsstandpunkt seiner Resolution als ebensowohl begründet wie praktisch und taktisch günstig, und führte außerdem aus, die Durchführung der Reorganisation werde bald zu einem Militär-Etat von 50 Millionen führen, da die Regierung jetzt eine Menge sachlich nothwendiger Ausgaben vom Etat abgesetzt habe, für welche man später doch die Mittel aufbringen müsse. — Abg. v. Bockum-Dolffs motivirte kurz seinen Antrag: Definitive Erledigung der Militärfrage sei nothwendig, die verstärkte Aushebung (60,000 statt 40,000 Mann sei nicht zu umgehen; durch Bewilligung der Ausgaben für zweimal 60,000 Mann (bei zweijähriger Dienstzeit) komme man ziemlich auf dieselbe Höhe der Ausgaben wie früher bei dreimal 40,000 Mann; auf den Geist der Armee müsse man wirken durch Beschränkung der Cadettenhäuser; falls die Verfassung zu Grunde gehen solle, dürfe wenigstens die Volksvertretung nicht beitragen, sie zu zertrümmern. — Abg. Groote für seinen Antrag auf Vorlegung eines neuen Etats, in welchem die Zahl der alten Regimenter als Norm diene: Die Cadres seien der Hauptpunkt in der ganzen Militärfrage; das Recht der Volksvertretung in dieser Frage angehend, so sei die Theorie vom „Kriegsherrn" eine Fabel; die Verfassung sage nur: „der König führt den Oberbefehl über das Heer"; ein Oberbefehlshaber dürfe aber nur umformiren, nicht organisiren. — Abg. Gneist: In einer gefährlichen Lage sei das Einfachste das Beste; der vorliegende Gegensatz sei klar und scharf: Die Regierung wolle eine „Gewerbsarmee", die liberale Partei eine Volksbewaffnung, eine Landwehr. Verfassung und Gesetze (gegen Twesten) verletze man nicht blos, wenn man etwas thue, was darin verboten sei, sondern auch dadurch, daß man sie nicht ausführe, und wer die Landwehr kriegsuntüchtig mache, verletze gewiß das Gesetz; der einfachste gesunde Menschenverstand sage schon, daß eine Umgestaltung der Armee ohne Zustimmung der Landesvertretung ein „Unding" sei; nicht auf Resolutionen und Gegenvorschläge „mit zehn Wenn's und elf Aber's" solle man sich einlassen, der blos abwehrende Standpunkt des Waldeck'schen Antrages sei der beste; das Haus erkläre damit: „Wenn die Regierung den Weg betritt, die Organisation gesetzlich zu regeln, dann wollen wir verhandeln; wenn nicht — nicht"; in diesen drei Worten liege das ganze Programm. — Damit wurden die Verhandlungen vertagt; auf der Rednerliste waren noch eingeschrieben: v. Kirchmann, Stavenhagen, Schulze-Delitzsch, Virchow, Steinhard, Faucher.

Das Referat des Abg. Baron Värst (dessen Ersparniß-Vorschläge genau auf die Summe von 6,127,000 Thlr. hinauskommen) wird für die Mitglieder der Budgetcommission metallographirt und dann zur Verhandlung kommen; dieselbe wird etwa Mitte nächster Woche beginnen und voraussichtlich bis Mitte August dauern; die Anfertigung, Feststellung und der Druck des Berichtes wird gewiß eine weitere Woche in Anspruch nehmen; dann muß der Bericht mindestens drei Tage in den Händen der Mitglieder sein, und somit läßt sich der 25. August — ein Montag — als der wahrscheinliche Anfangs-Termin der Militärdebatte im Hause bezeichnen.

K. C. **Berlin**, 25. Juli. [Budgetberichte über das Extraordinarium, die ostasiatische Expedition, die Denkmäler Friedrich Wilhelms III. und Stein's.] Bei dem Dispositionsfonds zu Gnadenbewilligungen aller Art (400,000 Thlr.) sind in der Budget-Commission wohl Bedenken über die Höhe dieser Summen dem jetzigen Deficit gegenüber geäußert, indeß „erscheint es doch nicht rathsam, die Krone in der Benutzung der ihr von früheren Volksvertretungen zur freien Verfügung gestellten Geldmittel irgendwie zu beschränken und man hat aus diesem Grunde von einem Antrage auf Absetzung eines Theiles dieser immerhin beträchtlichen Summe in der Commission abgesehen." — An den „unvorhergesehenen Ausgaben" (300,000 Thlr.) hat man für dieses Jahr die Hälfte; fürs nächste Jahr das Ganze streichen wollen; dieser Fonds sei eine Art Vertrauensvotum; „indem die Verwendung der hier verausgabten Gelder sich der Kenntniß und Controle der Landesvertretung entziehe, so geschehe es leicht, daß die Regierung dabei zu Ausgaben und Verabredungen gelange, bei denen es theils unbestritten, theils sehr zweifelhaft sei, ob sie ohne Zustimmung der Landesvertretung zulässig wären, so der Ankauf von Grundstücken im Javegebiet, so der Abschluß des Vertrages mit dem Fürsten von Wied, der nicht einmal, obschon es doch die staatsbürgerlichen Rechte der Preußen wesentlich berühre, durch die Gesetzsammlung, sondern nur durch das Amtsblatt zu Koblenz veröffentlicht worden sei, „ja, die Gefahr liege nahe, daß bei Fortbestand des Extraordinariums Ausgaben, die durch die Landesvertretung aus tristigen Gründen von dem ordentlichen Etat gestrichen würden, aus diesem Fonds von der Regierung mit Umgehung des Willens der Landesvertretung gedeckt werden könnten." Seitens der Regierung ist dagegen bestritten, „daß das Haupt-Extraordinarium ein geheimer Fonds sei; die Ober-Rechnungskammer prüfe denselben wie jeden andern in allen seinen Einzelnheiten und die Regierung werde kein Bedenken tragen, so wie gegenwärtig der Landesvertretung auch künftig die aus dem Fonds gemachten Ausgaben nachzuweisen. In keiner Weise aber könne die Regierung eines solchen zu unvorhergesehenen, keinem Etatstitel angehörigen Ausgaben bestimmten Fonds entbehren; da alle Bewilligungen aus diesem Fonds der allerh. Genehmigung bedürften und letztere nur unter Theilnahme des Finanzministers beantragt werden dürften, so sei eine sparsame Verwendung des Fonds genügend gesichert. Für das Jahr 1862 beliefen sich die auf den Fonds bereits angewiesenen Zahlungen auf circa 193,000 Thlr., und es sei daher eine Ermäßigung des Fonds auf den Betrag von 150,000 Thlr unausführbar; die Erfahrung aus einer längeren Reihe von Jahren habe bewiesen, daß mit einer geringeren Summe als 300,000 Thlr., jährlich nicht auszukommen sei" . . . . „Den mit dem Fürsten zu Wied geschlossenen Vertrag, welcher nur die Rechtsverhältnisse desselben zu dem Staate berühre, durch die Gesetzsammlung zu publiciren, dazu sei kein Anlaß gewesen." — Unter Ablehnung aller auf Herabsetzung gerichteten Anträge (welche auch der landwirthschaftliche Minister mit Hinweis auf außerordentliche Nothstände bekämpft hat) ist die Commission doch bedacht gewesen, die nachträgliche Mitwirknng der Landesvertretung bei dem in Rede stehenden Titel zu sichern, und beantragt mit 17 gegen 8 Stimmen, „das Haupt-Extraordinarium am Schlusse der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben als ein besonderes Kapital unter folgender Ueberschrift aufzuführen: Reservefonds zu unvorhergesehenen außeretatsmäßigen Ausgaben, über welchen der Finanzminister vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung der Landesvertretung verfügen kann." — Bei den letzten Ausgaben für die ostasiatische Expedition hat die Regierung auf Anfrage erklärt: die Expedition sei im Wesentlichen als beendet anzusehen; zur Expedition hätten neben dem Gesandten und seinen Attaché's drei Kaufleute gehört, die Herren Jacob, Grube und Wolff, und für wissenschaftlich Zwecke seien derselben beigegeben gewesen: für die Geologie Herr v. Richthofen, für die Botanik der Regierungs-Rath Wichura und der Gärtner Schlottmüller, für die Zoologie der Dr. Martens. Die Kaufleute seien bereits sämmtlich zurückgekehrt. Dieselben haben jeder für sein Fach besonderen Bericht erstattet. Diese Berichte sind nach einander gedruckt worden und man hat dieselben an sämmtliche Handelscorporationen in Preußen und an die Zollvereins-Staaten vertheilen lassen. Ferner sind Auszüge daraus im Handels-Archiv und in anderen Blättern veröffentlicht worden. Proben und Muster, welche jene Herren mitgebracht, hätten bei der hiesigen Corporation der Kaufleute ausgelegen, auch habe man deren an einzelne, sich besonders dabei interessirende Kaufleute und Fabrikanten vertheilt. Jetzt seien dieselben in die Provinzen versandt. Herr Jacob sei angewiesen worden, eine commerziell belehrende Rundreise anzutreten, um dem preuß. Handelsstande über die dortigen Verhältnisse Auskunft zu ertheilen. Ebenso werde Herr Grube eine solche antreten. Diesen Weg habe man nicht etwa aus Geheimniß-Krämerei eingeschlagen, aber es habe doch angemessen erschienen, daß von einer Expedition, die allein durch preußische Mittel ausgerüstet und vollendet sei, zunächst auch dem preuß. Handelsstande der möglichste Nutzen zugewendet werde, das sei auch von vielen Seiten mit Dank von unserm Handelsstande anerkannt worden. Von den wissenschaftlichen Begleitern der Expedition sei Herr v. Richthofen jetzt auf den Etat des Handelsministeriums übernommen, derselbe wollte über den Amur nach Europa zurückkehren, Nachrichten von ihm seien noch nicht eingegangen. Regierungs-Rath Wichura sei zur Fortsetzung seiner botanischen Studien in Kalkutta geblieben und habe von dort bereits viele Berichte und Sachen eingesendet. Herr Schlottmüller kehre auf der Arcona zurück. Herr Dr. Martens sei gleichfalls noch unterwegs und werde in 4 bis 5 Monaten erwartet. Es sei unzweifelhaft, daß mannichfache und interessante Resultate durch die Expedition gewonnen seien, doch sei begreiflicherweise noch nichts davon verarbeitet. Auch von dem Legations-Sekretär und den Attaché's seien sehr ausführliche Tagebücher geführt worden und zum Theil schon nutzbar gemacht. Doch erst wenn man Alles bei einander habe, werde sich übersehen lasse, in welcher Weise sich dies Material am besten verwerthen lasse." In der Commission ist „sehr lebhaft der Wunsch ausgesprochen, daß die allnemeinen wissenschaftlichen und handelspolitischen Resultate der Expedition womöglich in einem schön ausgestatteten Werke dem größeren Publikum zugänglich gemacht würden." Ferner hat die Regierung erklärt, es werde wiederum ein Schiff für die ostasiatischen Gewässer ausgerüstet, weil es bei den dortigen Verhältnissen durchaus nöthig sei, daß sich unsere Flagge wiederholt zeige; auch ist die Regierung bedacht, ein eigenes Dolmetscher-Personal für China auszubilden, „da die Chinesen selbst ein solches Amt nicht übernehmen, und sich der Mithilfe fremder und concurrirender Nationen dabei zu bedienen, habe doch immer sein Mißliches."

Für die im J. 1862 auszuführenden Arbeiten an den in Berlin zu errichtenden Denkmälern des Königs Friedrich Wilhelm III., Stein's und Hardenberg's sind 20,000 Thlr. verlangt. Das Denkmal des Königs, welches zu seiner Ausführung 7 Jahre verlangt, soll aus einer Reiter-Statue bestehen, die Figur in gleicher Größe wie die Friedrichs des Großen, das Piedestal von geringerer; von dem mit der Ausführung beauftragten Künstler ist bereits ein Kosten-Anschlag, welcher mit 170,812 Thlr. abschließt, eingereicht, doch noch nicht festgestellt; die Anfertigung der Denkmäler Stein's und Hardenberg's ist ebenfalls zwei hiesigen Künstlern übertragen worden; diese Denkmäler sollen aus Standbildern von Erz auf reich mit Bildwerk geschmückten Piedestalen bestehen. In der Commission ist bemängelt, daß die Regierung plötzlich mit einem Definitivum auftrete, während man bisher geglaubt habe, die Kosten für alle drei Denkmäler sollten durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden. Zudem habe es den Anschein gewonnen, als wolle man die Errichtung des Stein-Denkmals gewissermaßen von der gleichzeitigen Errichtung jener beiden andern Denkmäler abhängig machen, während für das Stein-Denkmal schon längst die Mittel zum größten Theil bereit seien; es müsse den Anschein gewinnen, als ob man die Errichtung von Denkmälern für wirklich in aller Herzen und Munde lebender Männer, wie Stein und Schiller, durch allerhand Hemmnisse hinzuhalten wünschte, während andererseits Denkmäler rasch heraufstiegen, zu deren Schutze man Wachtposten aufstellen müsse. Seitens der Regierung ist dagegen Verwahrung eingelegt; schon in dem Etat für 1859 habe es geheißen: „zu den Vorarbeiten für die auf Staatskosten zu errichtenden Denkmäler;" jetzt besteht zur Leitung der ganzen Angelegenheit eine besondere Immediat-Commission unter dem Vorsitz des Fürsten zu Hohenzollern; stellvertretend ist der Kultusminister als Vorsitzender eingetreten; der Centralverein für das in Berlin zu errichtende Stein-Denkmal ist vertreten durch Auerswald, Bethmann-Hollweg und Patow, das andere Comite durch den Grafen v. Arnim-Boytzenburg repräsentirt. Für die artistische Seite sind v. Cornelius, Daege, Stüler und v. Olfers, so wie der Geh. Rath Pinder thätig; das historische Interesse ist durch Ranke vertreten. Für das Königs-Denkmal ist im Januar d. J. eine neue Skizze von Albert Wolff unter Vorbehalt gewisser Abänderungen gebilligt. Nach einer vorgelegten Zeichnung soll sich die Statue im Lustgarten auf einem nicht zu hohen Sockel erheben, der selbst aber vielleicht noch von einem besondern mit Sitzplätzen versehenen Unterbau getragen wird. Der König erscheint im Gewand seiner Zeit, im Mantel und Federhut, in der Vollkraft der Mannesjahre, die rechte Hand segnend ausgestreckt. Der Sockel wird mit plastischen Figuren geziert. Auf der einen Seite wird der Frieden durch Handwerk, Kunst und Wissenschaft in lebensgroßen Gestalten versinnlicht, zwischen ihnen erhebt sich die Gesetzgebung mit einer Tafel, auf welcher die befreienden und umgestaltenden Gesetze aus der Regierung Friedrich Wilhelms III. verzeichnet sind. Auf der andern Seite ist der Krieg dargestellt durch eine bewaffnete Borussia, welche mit vorgestrecktem Schwerte von Memel zum Rheine schreitet. Auf der Rückseite soll die Union durch einen Engel mit Kelch und Palme dargestellt werden; auf der Vorderseite wird vermuthlich ein Genius der Geschichte, auf der Widmungstafel dem Namen Friedrich Wilhelm den Beinamen des Gerechten beifügen. Die Statuen Stein's und Hardenberg's sollen in der Nähe des Königs-Denkmals, so daß der Herrscher von seinen großen Staatsmännern umgeben erscheint, jedoch vollkommen selbständig aufgestellt werden. Namentlich für Stein hat man den hervorragendsten Platz zunächst der Schloßbrücke ins Auge gefaßt. Das Denkmal Stein's, dessen Postament gleichfalls mit reichem Bildwerk und Reliefs geziert werden soll, ist dem Bildhauer Schievelbein übertragen worden, — eine Wahl, mit der sich das Comite für das Stein-Denkmal einverstanden erklärt hat. Die Ausführung des Hardenberg-Denkmals soll Prof. Hagen übernehmen. Kosten und Zeit der Ausführung sind genau noch nicht bestimmt. Die Commission beantragt, bei Bewilligung der 20,000 Thlr. „die Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung werde die Ausführung der Bildsäule Stein's sofort in Angriff nehmen lassen."

Deutschland.

Frankfurt a. M., 24. Juli. [In der heutigen Bundestagssitzung] erfolgten von der 12. Kurie und einigen anderen Staaten Beitrittserklärungen zu dem Gesetzentwurfe über die gegenseitige Rechtshilfe in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, woran wir den Vortrag des handelspoliti-

schen Ausschusses über diesen Gegenstand schließen, in dem schließlich beantragt wurde, daß die mit ihren Erklärungen noch im Rückstande befindlichen Regierungen zu erinnern und zu ersuchen seien, ihre bezüglichen Aeußerungen thunlichst innerhalb 6 Wochen hier abzugeben. Der Antrag wurde sofort angenommen. Die gothaische Ritterschaft gab eine Erklärung bezüglich des neulichen, ihre Beschwerde gegen die gothaische Regierung betreffenden Bundesbeschlusses ab. Bremen zeigte seine Bereitschaft zur Annahme des vorgeschlagenen Maß- und Gewichtssystems an, falls die Nachbarstaaten ein Gleiches thäten. Sodann erstattete der am 30. Januar d. J. niedergesetzte besondere Ausschuß zur Begutachtung des von Sachsen am 23. Januar gestellten Antrages auf ein allgemeines deutsches Gesetz zur speziellen Regulirung der Nachdruckfrage Vortrag, und beantragte zur Ausarbeitung eines solchen gemeinsamen Gesetzes, mit Zugrundelegung der von Oesterreich und Sachsen mitgetheilten Entwürfe (letzterer der des deutschen Börsenvereins) die Niedersetzung einer Kommission von Sachverständigen. Die Abstimmung darüber ist über 6 Wochen anberaumt. Es erfolgte hierauf die Abstimmung über den am 10. d. gestellten Antrag des handelspolitischen Ausschusses bezüglich Herbeiführung einer gemeinschaftlichen Patentgesetzgebung, welcher dahin lautet: „Die hohe Bundesversammlung wolle beschließen: nachdem die höchsten und hohen Regierungen von Oesterreich, Baiern, Königreich Sachsen, Hannover, Würtemberg, Baden und Großherzogthum Hessen ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, an der nach Maßgabe des Beschlusses vom 5. Dezember v. J. dahier niederzusetzenden Kommission von Fachmännern behufs Ausarbeitung gutachtlicher Vorschläge für eine gemeinsame Regelung der zum Schutze von Erfindungen aufzustellenden Vorschriften, durch Absendung eigener Bevollmächtigten Theil zu nehmen, so seien dieselben, so wie diejenigen hohen Regierungen, welche etwa noch ferner zu einer Beschickung der Kommission geneigt wären, zu ersuchen, ihre Kommissäre so abzusenden, daß solche am 24. November d. J. hier zusammentreten und ihre Berathungen eröffnen können; 2) die h. Regierungen, deren Kommissäre bis jetzt nicht namhaft gemacht worden, seien zu ersuchen, von der getroffenen Wahl noch vor dem gedachten Zeitpunkte hier eine Anzeige zu machen, und 3) es sei das Präsidium zu ersuchen, nach Befinden unter Zuziehung des Ausschusses: für die Bereitstellung eines Lokals und das sonst zur Förderung der Arbeiten dieser Kommission Erforderliche Sorge zu tragen, auch anzuordnen, daß letztere das im Archive befindliche Material zur Benutzung mitgetheilt werde." Der Antrag wurde gegen Preußens verwahrende Erklärung und einige andere Stimmen angenommen. Den Rechnungen der Bundeskassen wurde Decharge ertheilt, und sonst noch über Militär-Angelegenheiten verhandelt.

Karlsruhe, 25. Juli. [J. M. die Königin von Preußen] ist heute Nachmittag hier eingetroffen und von Sr. k. Hoh. dem Großherzoge empfangen worden. Ihre Maj. hat im großherzogl. Residenz-Schlosse Wohnung genommen.

Italien.

Turin, 23. Juli. Die beunruhigenden Gerüchte über Garibaldi dauern fort, und die Regierung fängt an, sie ziemlich ernst zu nehmen. Noch mehr besorgt ist die auswärtige Diplomatie, und Herr Benedetti hat eine lange Depesche an den Kaiser gerichtet, welche die Situation als bedenklich schildert. Pallavicino hat seine Entlassung jetzt eingesandt, was nicht wenig Aufsehen erregt; denn dieser Entschluß des Präfekten trifft mit dem Zeitpunkte zusammen, wo Garibaldi unerwartet nach Palermo zurückkehrte, während man glaubte, er habe eine große Rundreise durch die Insel angetreten. — Aus Mailand, Bergamo, Pavia und anderen lombardischen Städten treffen Briefe ein, welche die Abreise von angeworbenen Freiwilligen melden. Bis jetzt ist jedoch nur sehr wenigen die Einschiffung in Genua gelungen. — Das Parlament wird sich auf kurze Zeit vertagen.

[Anhalten der Befürchtung eines Garibaldi'schen Unternehmens.] Garibaldi hat sich in Palermo bis jetzt nicht gerührt; die Expeditionsgerüchte scheinen grundlos zu sein. So die neuesten Nachrichten, die bis zum 26sten dieses Monats Abends in Turin eingetroffen waren. In Paris dauert jedoch in den amtlichen Kreisen die Furcht vor Garibaldi's Plänen fort, und zu der Mittheilung der „Patrie" kommt heute die des „Esprit Public", wonach Garibaldi zu Anfang dieser Woche Wechsel im Betrage von 100,000 Fr. aus Glasgow erhalten hat — allerdings keine große Summe, wenn sich's um so große Dinge handelt. Das inspirirte Blatt fügt hinzu, daß die römische Küste streng überwacht und von den französischen Kriegsschiffen jeder Landuug Einhalt gethan werden soll. In Rom will man mit einer Bestimmtheit, welche für die unbeschreibliche Spannung der Bevölkerung bezeichnend ist, wissen, Garibaldi werde in Corneto ans Land steigen, weil er dort das Gebirge in der Nähe habe, und gedenke zunächst nur einen Partisanenkrieg zu eröffnen. Aber 6000 Mann lassen sich nicht so leicht über See schaffen, wenn neun große Kriegsdampfer den Weg versperren. Als Garibaldi seinen Zug nach Sicilien organisirte, wurden die Werbungen und Rüstungen fast bei offenem Tage bewirkt, und doch brachte man es nur zu dem Einen Tausend und den ewig denkwürdig armseligen Ueberfahrtsmitteln. Gefährlicher ist vor der Hand der Umstand, daß dem röm. National-Comite, das bisher mit großer Umsicht die Bewegung leitete, das Ruder aus der Hand gefallen zu sein scheint; wenigstens sind die wilden Elemente in der römischen Bevölkerung sehr im Emporkommen. — Im Abgeordnetenhause brachte am 24. Juli der Justiz-Minister den Gesetzentwurf wegen Bestrafung der Uebergriffe von Mitgliedern des geistlichen Standes ein; das Haus empfing diese Vorlage mit Beifallsbezeigungen und beschloß sofort die Dringlichkeit der Sache. Hierauf wurde das Gesetz wegen Vergrößerung der Schiffswerfte in Livorno angenommen. (Köln. Z.)

Schweiz.

Bern, 22. Juli. [Die Schweiz und das turiner Kabinet.] Während gestern im Nationalrathe die jüngst kund gegebenen italienischen Annexionsgelüste Anlaß zu einer längern Debatte gaben, so ging dem Bundesrathe (gestern Nachmittag) wie auf Bestellung eine Erklärung des turiner Kabinets zu, daß dasselbe die erste günstige Gelegenheit benutzen werde, um die fraglichen Expectorationen in der italienischen Presse so wie den Ausfall des Generals Bixio im italienischen Parlamente officiell zu desavouiren. Das turiner Kabinet fügt hinzu, es liege im Interesse des Königreichs Italien, daß die Schweiz in ihrem jetzigen Territorialbesitze unverletzt erhalten bleibe und daß dasselbe in dem Falle, wo die Schweiz einen Angriff erleiden sollte, nicht nur gegen einen solchen Protest erheben, sondern ihn sogar als einen Angriff auf sich selbst erachten würde. Bundesrath Pioda wird gewiß bedauert haben, daß diese Erklärung nicht einen Tag eher in Bern eingetroffen ist. Er hätte sie dann zur Beantwortung der Interpellation Philippins benutzen können. (Magd. Z.)

Großbritannien.

London, 23. Juli. Im Unterhause ersucht Mr. Villiers um die Bewilligung, eine Bill einzubringen, welche die Armenpfleger-Collegien in gewissen Grafschaften auf eine bestimmte Zeit mit außerordentlichen Vollmachten bekleiden soll. Es handelt sich nämlich darum, das Elend in den Kattunfabrik-Bezirken nach Kräften zu mildern. Um das Verhältniß zu zeichnen, in welchem die Noth in jenen Bezirken anwächst, führt Mr. Villiers folgende Data an. In der letzten Maiwoche wurden aus der Armensteuer erhalten in Ashton-Under-Lyne 8400 Personen, in der letzten Juniwoche 9600; in Blackburn, Mai 10,600, Juni 11,500; in Manchester, Mai 12,700, Juni 14,200; in Preston, Mai 11,800, Juni 12,100; in Stockport, Mai 5400, Juni 6000. Die Ausgabe für die Armen, die im Jahre 1861 in Blackburn 14,475 Pfd. St. betragen hatte, ist in diesem Jahre auf 37,507 Pfd. St. gestiegen; in Preston stieg sie von 16,651 Pfd. St. auf 66,612 Pfd. St.; in Stockport von 11,204 auf 27,300 Pfd. St. Die Zahl der aus der Armensteuer Erhaltenen gebe jedoch keinen Maßstab zur Berechnung der Zahl der Arbeitslosen. In Burnley z. B., wo es 13,000 Fabrikarbeiter giebt, seien 10,000 außer Arbeit, die noch keinen Pfennig aus dem Kirchspiel-Fonds bezogen haben. Wenn man wissen wolle, wie so diese Leute noch leben, so verweise er darauf, daß sie aus den Sparkassen die Summe von 4507 Pfd. St., aus den Baugesellschaften 3700 Pfd. St. genommen und außerdem an freiwilligen Gaben 458 Pfd. St. erhalten haben. Leider jedoch sei der in den Sparkassen hinterlegte Zehrpfennig beinahe ganz erschöpft, und die ganze Masse von 10,000 Personen würde den Kirchspielen zur Last fallen. Ungeachtet aller mildthätigen Beiträge einzelner Personen müsse man doch in Wirklichkeit sich nur auf die gesetzliche Verpflichtung des Grundbesitzes, die Mittellosen zu erhalten, verlassen. Und er behaupte ohne Bedenken, daß das Eigenthum der Fabrikbezirke nicht nur der jetzigen Noth, sondern der größten, die wahrscheinlicherweise noch entstehen könnte, vollkommen gewachsen sei. (Hört! Hört!) Vorliegende Bill bezweckt also, eine Clausel des alten Elisabet'schen Armengesetzes in Kraft zu setzen, welche Clausel bestimmt, daß, falls ein Kirchspiel seine Armen zu unterhalten außer Stande ist, die Friedensrichter der Grafschaft ein oder mehrere benachbarte Kirchspiele, oder das benachbarte Hundert, oder die ganze Grafschaft zwingen können, dem nothleidenden Kirchspiel durch eine besondere Abgabe (rate in aid) zu Hilfe zu kommen, nach dem großen und bis jetzt unbestrittenen Prinzip, daß das ganze Vermögen des Landes für die Erhaltung der Armen haftbar sei. Dieses Gesetz werde überall in Wirksamkeit zu treten haben, wo die Armensteuer um ⅔ die durchschnittlich in den drei vorhergegangenen Jahren entrichtete Abgabe übersteigt. Eine besondere Bill zur Inkraftsetzung jener Maßregel sei deshalb erforderlich, weil sie von manchen Gerichtshöfen unter spitzfindigen Vorwänden als veraltet behandelt wurde. Da sie jedoch nur für außergewöhnliche Veranlassungen berechnet sei, so schlage er vor, sie blos bis zum 1. März nächsten Jahres in Giltigkeit zu setzen. — Nach einigen Ausstellungen und Bedenken des Obersten Patten und des Mr. Bouvelie sprechen andere Mitglieder sich beifällig über die Maßregel aus, und Lord Palmerston preist den Mannesmuth und Unabhängigkeitssinn, womit die Arbeiterbevölkerung bis jetzt ihre Entbehrungen ertrug. Die erste Lesung wird genehmigt und die Sitzung schließt wenige Minuten vor 11 Uhr Abends.

Amerika.

[Neueste Post per City of Baltimore. — Nachtrag zu dem gestrigen Telegramm.] New-York, 12. Juli, Morgens. General M'Clellan telegraphirt am Abend des 11. d.: „Alles ist ruhig, der Feind im Rückzuge begriffen." Man glaubt, daß wieder Gefechte stattgefunden haben, da man am 10. d. oberhalb am James-Flusse schweres Kanonenfeuer gehört hat. Die richmonder Blätter glauben, daß M'Clellan jetzt eine für die Föderalisten bessere Stellung einnimmt, als früher. Bei Glasgow, Kentucky zeigen sich große Banden conföderirter Guerillas. Das Repräsentantenhaus hat die Tarif- und die Confiscations-Bill angenommen. Ein Comite begab sich nach Washington, um den Präsidenten zu einem nächstens in New-York abzuhaltenden Kriegs-Meeting einzuladen. Die Magistrate der größten Städte bieten den Rekruten 100 Dollars Handgeld als Zuschlag zu dem Regierungshandgelde an. General Butler in New-Orleans hat einen Befehl erlassen, der den Brodtpreis fixirt. Ein Bäcker, der höhere Preise verlangt, wird mit Verhaftung bedroht. Mehl ist auf 24 Dollars per Faß gestiegen. Im Congreß wurde eine Nationalwehrungs-Bill eingebracht zur Bildung von Compagnien, die mit vereinigten Staatenfonds als Basis, Bankgeschäfte treiben sollen. Der Senat hat zur Miliz-Bill ein Amendement angenommen, dahin lautend, daß der Präsident ermächtigt ist, Neger als Arbeiter beim Schanzenbau und anderen Beschäftigungen in den Dienst der vereinigten Staaten zu nehmen. — Die „City of Baltimore" nahm eine Baarfracht von 2,246,533 Dollars mit. Der „Great Eastern" ist angekommen. Er fuhr glücklich durch den Long Island-Sund. Der „Norwegian" kam den 11. d. M. am Cap Race vorüber.

Breslau, 28. Juli. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: neue Sandstraße Nr. 17 ein schwarzes Atlaskleid und ein braunes halbseidnes Kleid; außerhalb Breslau ein blauer Tuchmantel, ein Paar blaue Tuchhosen, eine schwarze Weste, ein grüner waltirter Tuchrock, ein blau und weiß geblumter und ein roth und braun karrirter Frauenrock und ein schwarzer Regenschirm; Stockgasse Nr. 15 ein hölzernes Waschschaff; Kirchstraße Nr. 21 zwei weißleinene Kinderhemden, vier bunte kattunene Kinderschürzen, drei Paar blaue baumwollene Strümpfe, ein Paar roth und weiß gemusterte baumwollene Kinderstrümpfe, zwei bunte wollene und drei kattunene Halstücher, eine bunte kattunene Tischdecke und zwei halbweiße Handtücher; am Rathhause Nr. 15 ein Paar feine goldene Ohrringe; außerhalb Breslau zwanzig Stück Gänse, theils weiß, theils grau und weiß gefiedert, so wie acht Stück Enten.

Verloren wurde: eine Granatbrosche, eine Rolle mit 15 Thaler in ⅙ Thalerstücken, ein eiserner Wagen-Windeheber und eine Banknote von hundert Thaler.

Gefunden wurde: ein Messer, an welchem ein Petschaft angebracht ist.

[Mortalität. Im Laufe der verflossenen Woche sind excl. 4 todtgeborner Kinder, 38 männliche und 36 weibliche, zusammen 74 Personen als gestorben polizeilich gemeldet worden. — Hiervon starben: Im Allgemeinen Kranken-Hospital 11, im Hospital der barmherzigen Brüder 1, im Hospital der Elisabetinerinnen 1, im Hospital der Diakonissinnen (Bethanien) — und in der Gefangenen-Kranken-Anstalt — Personen.

[Selbstmorde.] Am 25. d. M. Nachmittags stürzte sich unterhalb der neuen Oderbrücke am Sandthore ein hiesiger Tagearbeiter, welchen ein Augenübel theilweise arbeitsunfähig gemacht, muthmaßlich aus Lebensüberdruß in die Oder, und fand in derselben seinen Tod. Sein Leichnam wurde erst nach längerem Suchen aufgefunden. — Am 26. d. M. wurde am rechten Oderufer unfern des sogenannten Strauchwehrs ein in der Schulgasse wohnhafter, 56 Jahre alter Stellmachergeselle aufgefunden, welcher seinem Leben durch Erhängen an einer Weide ein Ende gemacht hatte.

[Angekommen.] Se. Excellenz k. k. russ. General Graf v. Storricki a. St. Petersburg. Mitglied des Staatsraths Banquier M. Rosen aus Warschau. Se. Excellenz Wirkl. k. k. russ. Staatsrath v. Nowitzky aus Petersburg. Se. Excellenz kaiserl. russ. Ober-Hof-Marschall Graf Chreptowitsch aus Warschau. (Pol. Bl.)

Breslauer Sternwarte.

26. Juli 10 U. Abds.	27 10,71	+15,6	SO. 1.	Heiter.
27. Juli 6 U. Morg.	27 10,04	+14,2	O. 1.	Sonnenblicke.
2 Uhr Nachm.	27 8,92	+25,7	SO. 2.	Bewölkt.
10 Uhr Abds.	27 9,21	+19,6	SW. 1.	Heiter.
28. Juli 6 U. Morg.	27 9,51	+17,2	SO. 0.	Heiter.

Wasserstand.

Breslau, 28. Juli. Oberpegel: 13 F. 5 Z. Unterpegel: 1 F. — Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 26. Juli, Mittags 1½ Uhr. 3proz. Rente 68, 50. Credit-mobilier 827. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 490.

Paris, 26. Juli, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 68, 60, fiel auf 68, 45 und schloß zur Notiz. Schluß-Course: 3prz. Rente 68, 60. 4½prz. Rente 97, 35. 3proz. Spanier 48¼. 1proz. Spanier 43¾. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 490. Credit-mobilier-Aktien 827. Lomb. Eisenbahn-Aktien 613. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 26. Juli, Nachm 3 Uhr. Consols in Folge schönen Wetters und Ueberflusses an Geld gestiegen. Silber 61⅛—61¼. Consols 94⅛. 1prz. Spanier 44¼. Mexikaner 28½. Sardinier 84½. 5prz. Russen 96½. 4½prz. Russen 90. Der Dampfer „Teutonia" ist aus Newyork eingetroffen.

Wien, 26. Juli, Mittags 12 Uhr 30 Min. Sehr geschäftslos. 5proz. Metall. 70, 80. 4½proz. Metall. 62, 25. Bank-Aktien 799. Nordbahn 197, 70. 1854er Loose 90, 25. National-Anleihe 82, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 246, — Creditaktien 213, 40. London 126, 20. Hamburg 94, —. Paris 49, 45. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 157, 50. Lomb. Eisenbahn 281, 50. Neue Loose 129, —. 1860er Loose 91, —.

Frankfurt a. M., 26. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Börse geschäftslos. Oesterreichische Effekten etwas matter. Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 136⅞. Wiener Wechsel 93⅜. Darmst. Bankaktien 219½. Darmst. Zettelbank 249½. 5proz. Met. 55⅜. 4½proz. Met. 48⅞. 1854er Loose 70¼. Oesterr. National-Anleihe 63¾. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228. Oesterr. Bank-Antheile 744. Oest. Credit-Aktien 198½. Neueste österr. Anleihe 72⅞. Oesterr. Elisabet-Bahn 122. Rhein-Nahe-Bahn 32. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 127¾.

Hamburg, 26. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Feste Stimmung, besonders in Eisenbahnaktien. Schluß-Course: National-Anleihe 64¾. Oesterreich. Credit-Aktien 84. Vereinsbank 101⅞. Nordd. Bank 97¾. Rheinische 93¾. Nordbahn 63¾. Disconto —. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 26. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen loco preishaltend, ab auswärts matt. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. Juli-August zu 84—85 zu kaufen. Oel pr. Oktbr. 28½, pr. Mai 27⅞. Kaffee fest, Umsatz 6000 Sack.

Liverpool, 26. Juli. [Baumwolle.] 7000 Ballen Umsatz. — Im Allgemeinen ¼ höher. Die Spinner waren kauflustiger.

Berlin, 26. Juli. Weizen loco 65—82 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco galiz. 52 Thlr. ab Bahn bez., Juli 54¾—54 Thlr. bez., Juli-Aug. 52—51½ Thlr. bez., Aug.-Septbr. 51½—51 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 50¾—50⅜ Thlr. bez. und G.d., ½ Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 49¾—¼ Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Nov.-Dezbr. 49—48½ Thlr. bez., Frühjahr 1863 48½—48 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 36—40 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25—27½ Thlr., feiner weißer schles. 26½—27 Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Juli und Juli-Aug. 25¼ Thlr. Br., Aug.-Septbr. 25½ Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 25¼ Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 25 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 24¾ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 51—58 Thlr. — Winterraps 100—103 Thlr. — Winterrübsen 97—100 Thlr. — Rüböl loco 14¼ Thlr. bez., Juli 14⅙ Thlr. bez., Juli-Aug. 14 Thlr. bez., Aug.-Septbr. 14 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 14—23/24 Thlr. bez. und Gld., 14 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 14 1/24—23/24 Thlr. bez. und Gld., 14 Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. 14 1/12—14 Thlr. bez., Br. und Gld. — Leinöl loco 14 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19¾—⅔ Thlr. bez., Juli und Juli-Aug. 19¾—7/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 19 7/12—5/12 Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 19⅚—⅚ Thlr. bez. und Gld., ¼ Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 18⅓—¼ Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Novbr.-Dezbr. 18—17¾ Thlr. bez. und Gld., ⅚ Thlr. Br., April-Mai 1863 18 5/12—⅓ Thlr. bez.

Weizen behauptet. Roggen disponible begegnete bei vielseitigen Offerten fast gar keiner Frage und ist nur eine Kleinigkeit geringe Waare gehandelt worden. Termine unter dem Einfluß des schönen Wetters und starker Realisationen zu merklich weichenden Preisen verkauft, schließen auch mit Angebot. Gekündigt 2000 Ctnr. Hafer, Termine niedriger. Rüböl in Folge auswärtiger niedriger Berichte mußten Inhaber sich in die etwas billigeren Gebote der Käufer fügen und war der Handel sehr beschränkt. Spiritus unterlag einem dringenden Angebot und machten Preise neuerdings Rückschritte für alle Sichten bei ziemlich belebtem Verkehr. — Gekündigt 10,000 Quart.

Berliner Börse vom 26. Juli 1862.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102⅝ bz.
Staats-Anl. v. 1859, 52	4½	100 bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	102¾ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	109 bz
Staats-Schuld-Sch.	3½	90⅝ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	125 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅝ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	93⅜ bz
dito dito	4	101⅞ bz.
Pommersche	3½	92¼ bz
dito neue	4	101¼ bz.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	98⅞ G.
dito neue	4	99¼ G.
Schlesische	3½	94½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100¼ bz
Pommersche	4	100 bz.
Posensche	4	99⅞ bz.
Preussische	4	99⅞ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99⅞ bz.
Sächsische	4	100½ G.
Schlesische	4	100⅝ G.
Louisdor	—	109⅞ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	57 bz.u G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	73 B.
dito neue 100-fl.-L.	—	69¼ B.
dito Nat.-Anleihe	5	65⅞ bz.
dito Bankn.u.Whr.	—	80¾ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	94 G.
dito 5. Anleihe	5	86½ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	83¼ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87¾ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 B.
dito à 300 Fl.	5	95 G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87⅛ bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 etw. bz.
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Action-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	85½ bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34⅞ bz.
Amst.-Rotterdam	[illegible]	4	90½ G.
Berg.-Märkische	6½	4	109⅞ bz
Berlin-Anhalter	8¼	4	140¼ bz.
Berlin-Hamburg	6	4	118¼ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	213 bz
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	128¼ B.
Breslau-Freibrg.	[illegible]	4	129 bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	1[illegible]8 B.
Franz.St.-Eisenb.	6	5	131 bz.u B.
Ludw.-Bexbach	8	4	137¾ bz.
Magd.-Halberst.	22¼	4	32[illegible] bz.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¾ bz
Mainz-Ludw. A.	7	4	127½ à 128 bz.
Mecklenburger	3⅞	4	60 bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B
Neisse-Brieger	3½	4	75¼ G
Niederschles.	4	4	99⅜ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	75¼ B
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	64⅝ à 65 bz.
dito Prior.	—	4½	— —
Oberschles. A.	[illegible]	3½	157 bz.
Oberschles. B.	[illegible]	3½	137 bz.
dito C.	[illegible]	3½	157 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97 G.
dito Prior E.	—	3½	83¼ à ⅛ bz
dito Prior F.	—	4½	102 B.
Oppeln-Tarnow.	[illegible]	4	49 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	[illegible]	4	59¾ B.
Rheinische	5	4	95 à 95¾ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	102 B.
dito Prior	—	4	93¾ G.
dito III. Em.	—	4½	99½ B.
Rhein-Nahebahn	—	4	30½ B.
Ruhrort-Crefeld.	[illegible]	3½	91¾ B.
Starg.-Posener	4	3½	102 bz.
Thüringer	6¾	4	125 G. Verk.fehl.
Wilhelms-Bahn	—	4	56¼ bz.
dito Prior	—	4	92¼ B.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93¼ B.
dito dito	—	5	96⅝ B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	[illegible]	4	115¾ G.
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	94¼ bz.u.G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	81 etw. bz.
Bremer „	[illegible]	4	103¾ B.
Coburg. Credit-A.	3	4	70 G.
Darmst. Zettel-B.	[illegible]	4	1[illegible]0 G.
Darmst.Credb.-A.	5	4	[illegible]8 bz.u.G.
Dess. Creditb.-A.	—	4	5 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	97¾ bz.
Genf. Creditb.-A.	2	4	46¾ bz.
Geraer Bank	5¾	4	82¼ G
Hamb. Nrd. Bank	5	4	96¾ etw. bz.
„ Ver. „	[illegible]	4	101½ G.
Hannov. „	4⅓	4	99⅞ B.
Leipziger „	3	4	78 B
Luxembrg. „	10	4	99½ G.
Magd. Priv. „	[illegible]	4	80 G.
Mein.-Creditb.-A.	6	4	81½ bz u.G.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	34½ A.etw.a36bz.G.
Oestr. Crdtb.-A.	7¾	5	85 à 85¼ à 85 bz.
Pos. Prov.-Bank	[illegible]	4	87¾ B
Preuss. B.-Anthl	[illegible]	4½	123½ bz.u.G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	98 etw bz u B.
Thüringer Bank	2¾	4	59½ B.
Weimar. Bank	4	4	82 G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143⅝ bz.
dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg	8 T.	151¾ bz
dito	2 M.	151⅛ bz.
London	3 M.	6. 22 bz
Paris	2 M.	80⅙ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	80⅜ bz.
dito	2 M.	79½ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg	3 W.	97 bz. 3 M. 96¼ bz.
Warschau	8 T.	87¼ bz.
Bremen	8 T.	109¾ bz.

Breslau, 28. Juli. Wind: Süd. Wetter: sehr heiß. Thermometer Früh 16° Wärme. Die Kauflust fehlte heut fast ganz und waren demzufolge Getreidepreise im Weichen.

Weizen ist, in schlesischer Waare sehr schwach angeboten, gefragt, galizische Waare wurde billiger erlassen; pr. 85pfd. weißer 78—93 Sgr., gelber 78—92 Sgr. — Roggen im Laufe des Marktes stark weichend; pr. 84pfd. 56—58—60—62 Sgr., zuletzt dazu angeboten. — Gerste matter; pr. 70pfd. weiße 40—42 Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 27½—28½ Sgr. — Erbsen und Wicken wenig Frage. — Rapskuchen 52—53 Sgr. — Oelsaaten matter. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	80—86—93	Erbsen	50—54—57
Gelber Weizen	80—86—92	Wicken	38—41—44
Geringer u. blauspitziger	70—75—82		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	55—59—62	Schlag-Leinsaat	160—185—210
Gerste	39—41—44	Winter-Raps	180—208—236
Hafer	24—27—30	Winter-Rübsen	200—220—232

Kleesaat vernachlässigt, rothe 8½—10½—12—14 Thlr., weiße 9—12—15—17½ Thlr., neue Waare 15—20 Thlr.

Thymothee 6—8½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 22—25 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 13⅚ Thlr., Termine 13⅞ Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18⅚ Thlr., Termine 18⅞ Thlr., pr. Herbst 18 5/12 Thlr.

Theater-Repertoire.

Montag, 28. Juli. (Gewöhnl. Preise.) Drittes und letztes Gastspiel des Fräul. **Kratz** und des Herrn **Baumeister**, vom k. k. Hofburgtheater in Wien. 1) **„Die bezähmte Widerspenstige."** Lustspiel in 4 Akten von Shakespeare. (Petruchio, Hr. Baumeister.) 2) Zum ersten Male: **„Die verwandelte Katze."** Phantastische Operette in 1 Akt. (Minette, Fräul. Kratz.)

Dinstag, 29. Juli. (Gewöhnl. Preise.) Erstes Gastspiel des Herrn Balletmeisters **Lévasseur**, vom Stadttheater zu Hamburg, und zweites Gastspiel des Hrn. **Franz Opfermann**, vom k. k. Hofoperntheater in Wien. Zum zweiten Male: **„Sitala, das Gaukler-Mädchen."** Komisches Ballet in 2 Aufzügen und 3 Tableaux. Musik von verschiedenen Komponisten. In Scene gesetzt und arrangirt vom Balletmeister Knoll. Vorher: **„Ein alter Musikant."** Charakterbild in 1 Akt, mit Benutzung einer wahren Anekdote von Charl. Birch-Pfeiffer.

Sommertheater im Wintergarten.

Montag, 28. Juli. (Kleine Preise.) Zum 12. Male: **„Der Gold-Onkel."** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten und 7 Bildern, nach einem vorhandenen Stoffe von C. Pohl. Musik von Conradi. — Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

(Verspätet.) Nach Gottes unerforschlichem Rathschlusse starb mir heut Morgen 5½ Uhr meine geliebte Frau **Emilie**, geb. **Beyer**, in ihrem 41. Lebensjahre, in Folge der Auszehrung. Dies lieben Verwandten und Freunden, mit der Bitte um stille Theilnahme. [868]

Brieg, den 25. Juli 1862. **August Priemel** nebst Familie.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.